

Konferenzbericht: Metropolenpolitik. Praxis – Kritik – Perspektiven. Eine inter- nationale Stadtkonferenz der Rosa- Luxemburg Stiftung, 9./10. Juli 2010

„Städte sind konkrete Orte des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Standortkonkurrenz und unternehmerische Stadtpolitiken haben nicht nur das Gesicht der Städte verändert, sondern bedeuten für Millionen Menschen eine drastische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Auf der Konferenz Metropolenpolitik wird die Frage nach linken Gegenentwürfen zum neoliberalen Umbau der Städte gestellt: Konzepte, Projekte und Strategien sozialer und gerechter Stadtpolitik aus Bewegungen, kritischer Wissenschaft und linker Kommunalpolitik werden vor- und zur Diskussion gestellt, um gemeinsam Konturen für linke Metropolenpolitiken zu entwickeln.“

Mit dieser Ankündigung hatten sich die OrganisatorInnen der internationalen Stadtkonferenz „Metropolenpolitik. Praxis – Kritik – Perspektiven“, die im Juli in Berlin stattfand, hohe Ziele gesteckt. Nicht nur sollten neoliberale (Stadt-)Politiken kritisch analysiert und linke Gegenentwürfe diskutiert werden. Die Konferenz wollte auch einen Dialog zwischen AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und LokalpolitikerInnen herstellen. Nicht zuletzt sollten dabei Erfahrungen aus so unterschiedlichen Städten wie New York, Wien, London, Berlin und Tel Aviv zusammengetragen und vergleichend bewertet werden. Dass die beiden Veranstalterinnen Rosa-Luxemburg Stiftung (RLS) und Helle Panke e.V. ihren Anspruch, dem akademischen *business as usual* zu entkommen, durchaus ernst nahmen, ließ sich schon am Programm ablesen. So waren die Panels und Workshops durchweg mit ReferentInnen aus verschiedenen Städten besetzt, und ForscherInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen waren

dabei in etwa gleich stark vertreten. Die Themenpalette reichte von Lefebvres „Recht auf Stadt“ über Methoden des „Community Planning“ und die „Rekommunalisierung öffentlicher Unternehmen“ bis hin zu „Strategien gegen Gentrifizierung und Verdrängung“ und zum Erfahrungsaustausch städtischer sozialer Bewegungen.¹ Zum anderen zeigte sich der Anspruch der Konferenz auch in der Wahl des Veranstaltungsortes, der selbst für aktuelle stadtpolitische Konflikte steht: die ehemalige Rotaprint-Fabrik im Berliner Stadtteil Wedding. Nachdem eine Nutzerinitiative das denkmalgeschützte Gelände der Stadt Berlin abgetrotzt hatte, wird es seit 2005 kollektiv bewirtschaftet und bietet nun einen alternativen und selbstverwalteten Ort für Kultur, Arbeit und soziale Projekte.²

Obwohl das Thema Stadtpolitik auch in Berlin gerade stark diskutiert und umstritten ist, waren die insgesamt drei Podiumsdiskussionen und acht Workshops und auch die Abendveranstaltungen an den beiden Tagen leider eher schwach besucht. Dabei hätte man den internationalen Gästen durchaus ein größeres Publikum gewünscht, weil sie faszinierende Geschichten aus ihren Städten zu erzählen hatten, einen neuen und erfrischend undogmatischen Blick auf Möglichkeiten linker Interventionen auf der kommunalen Ebene eröffneten und zum Teil auch einfach deswegen, weil sie besondere Persönlichkeiten darstellen.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die sozialwissenschaftlichen Beiträge, die am ersten Tag unter dem Titel „Linke Stadtpolitik in Europa: Spielräume und Strategien“ die Diskussion strukturieren sollten, eher deprimierend wirkten. Es ist schwer zu sagen, ob es an der Auswahl der Städte lag, die dort vorgestellt wurden und die vielleicht aus der Perspektive der urbanen sozialen

¹ Das vollständige Programm findet sich online unter [http://www.rosalux.de/themen/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltung/thema/sprachen/sprachen/kommunalakademie//319/cal/event/2010/07/09//tx_cal_phpicalendar/metropolenpolitik/view-list|page_id-20930.html] (Download 30. Oktober 2010).

² Ein Rundgang über das Gelände bot am zweiten Konferenztag Gelegenheit, mit den BetreiberInnen in Kontakt zu kommen und sich über ex-Rotaprint und die lokalen Konflikte im Wedding zu informieren.

Bewegungen zurzeit ein schwieriges Terrain bilden. Jedenfalls wurde aus London, Istanbul und Wien vor allem über enttäuschende Bündnisversuche und / oder das Fehlen einer „kritischen Masse“ berichtet – oder ob das Problem darin bestand, dass die ReferentInnen es nicht vermochten, ihr lokalspezifisches Wissen auf eindrückliche Weise zu vermitteln, denn auch aus Niederlagen und gescheiterten Versuchen lässt sich bekanntlich etwas lernen. Etwas irritierend war auch, dass die OrganisatorInnen zu Beginn der Veranstaltung vollständig auf eine Einschätzung der Berliner Situation verzichteten, umso mehr, wenn man bedenkt, dass hier nunmehr seit 2001/2002 eine Koalition von SPD und Linkspartei regiert, und es auch in Berlin diverse Mobilisierungen gegen eine zunehmend unternehmerische Stadtpolitik gegeben hat und gibt. So fand am ersten Konferenztag eine große MEGASPREE-Parade unter dem Motto „Rettet unsere Stadt“ statt. Und schließlich war an der Vorbereitung der Tagung auch der „Arbeitskreis Linke Metropolenkritik“ beteiligt, der sich seit längerem der Aufgabe eines „Crossover-Diskurses“ zwischen Wissenschaft, Berliner Kommunalpolitik und linken außerparlamentarischen Initiativen verschrieben hat. Gleichwohl wurden die Berliner Verhältnisse auf der Konferenz weithin ignoriert, und in den Workshops, in denen sie dann auftauchten, z. B. beim Thema Privatisierung öffentlicher Unternehmen, wurden sie eher in der Art eines universitären Einführungsseminars verhandelt.

Schwierig gestaltete sich auch die Keynote-Lecture am ersten Abend. Stavros Stavrides, Architekturprofessur an der Polytechnischen Universität Athen, bemühte sich redlich, durch Bezugnahme auf die städtischen Aufstände in Griechenland im Dezember 2008 und durch seine spezifische Lefebvre-Interpretation zum „Recht auf Stadt“ ein wenig Leben in die Debatte zu bringen. Aber man konnte deutlich merken, dass die KommentatorInnen – darunter Hillary Wainright (eine herausragende sozialistische Feministin, Wissenschaftlerin und Publizistin aus London, die in den 1980er Jahren die Politik des *municipal socialism* der Labour Party kritisch begleitet hat und enorm viel über linke Kommunalpolitik weiß) –,

wie auch ein Großteil des Publikums, mit seiner Vision von einer *city of thresholds* (einer Stadt, die Orte der nicht-identitären Begegnung, des Austausches und der gegenseitigen Anerkennung ermöglicht) nicht allzu viel anfangen konnten.

Ein Highlight der Konferenz war dagegen sicherlich die Podiumsveranstaltung am Sonntag, „Die Stadt gehört uns“, mit Dov Khenin (Ir Lekulanu, Tel Aviv), Rob Robinson (Picture the Homeless, New York) und Margaux Leduc (Jeudi Noir, Paris). Die drei Podiumsgäste repräsentierten ganz unterschiedliche Ansätze linker Stadtpolitik und Praxis: eine Tel Aviver Nachbarschaftsorganisation, die sich in eine gesamtstädtische Bewegung verwandelt hat und heute im Stadtparlament vertreten ist; eine New Yorker Obdachloseninitiative, die Teil der bundesweiten „Right to the City Alliance“ ist; ein studentisch geprägtes Kollektiv aus Paris, das seit Jahren (zum Teil erfolgreich) gegen Wohnraumspekulation kämpft. Sie vermittelten alle recht anschaulich eine Idee davon, dass selbst unter schwierigsten Bedingungen Organisationsversuche „von unten“ gelingen können, wenn – so zumindest das Postulat von Dov Khenin, Kommunist, Anwalt, Knesset-Abgeordneter und Vertreter der Bewegung „Eine Stadt für Alle“ aus Tel Aviv – eine „*politics of the concrete*“ verfolgt wird, bei der eine Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen für möglichst viele Menschen im Zentrum steht. Um die besonders bemerkenswerte Geschichte von Ir Lekulanu/Eine Stadt für Alle zu erzählen, fehlt hier der Platz. Dankenswerterweise hat das RLS-Büro in Tel Aviv dieser Bewegung, die versprochen hat, die „Stadt ihren Einwohnern zurückzugeben“, ein Dossier gewidmet, in der man sie nachlesen kann.³ Am Ende dieses Dossiers wird unter anderem die Frage aufgeworfen, welche organisationspolitischen Strukturen erforderlich sind, um – parteiübergreifend bzw. nicht parteigebunden – größere Menschengruppen zu erreichen und zu politisieren.

³ Zu finden unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte-internat08-10.pdf] (Download: 30. Oktober 2010).

Die Frage nach solchen Strukturen – also die alte Organisationsfrage – klang auch in anderen Diskussionen und Workshops an. Dabei ging es weniger darum, was man sich eigentlich noch von den „alten“ linken oder grünen Parteien erwartet, gerade wenn sie an lokalen Regierungskoalitionen beteiligt sind, sondern vielmehr um die Defizite der linken Initiativen und sozialen Bewegungen, die nur ausnahmsweise in der Lage sind, über das eigene subkulturelle Spektrum hinaus zu wirken. Auffällig groß war das Interesse an Ansätzen des *community planning* bzw. *community organizing*, die von Tom Agnotti (Planners Network und Hunter College, New York) und Rob Robinson (Picture the Homeless) vorgestellt wurden. Hier fehlte leider die Zeit, um sich intensiver darüber auszutauschen, was diese Ansätze zum Beispiel von „sozialen Zentren“, wie sie in manchen deutschen Städten, zum Beispiel in Hamburg, gerade erprobt werden, oder von progressiver Gemeinwesenarbeit unterscheidet.

Obwohl die Konferenz inhaltlich in vielerlei Hinsicht interessant war und durch die zum Teil beeindruckenden ReferentInnen viele Anregungen bot, wurden auch Schwierigkeiten sichtbar, die sich aus der oben zitierten Aufgabenstellung ergaben. Dies betraf vor allem zwei Bereiche: Erstens gelang es nur in wenigen Workshops, einen produktiven Dialog unter den ReferentInnen, aber auch mit dem Publikum herzustellen. Die OrganisatorInnen hätten sich mehr Mühe geben können, das klassische Format der „Frontalveranstaltung“ aufzulösen. Wer unterschiedliche Gruppen und Positionen miteinander ins Gespräch bringen und die hierarchische Trennung zwischen (aktiven) ExpertInnen und (passiven) ZuschauerInnen aufheben möchte, muss sich auch Gedanken über geeignete Methoden machen. Auch die BesucherInnen stehen in der Verantwortung, sich in den Ablauf einer Konferenz aktiv einzubringen. Begegnet man tradierten Konferenzstrukturen nicht explizit mit neuen und anderen Ideen, setzen sie sich – frei nach Marx – hinter dem Rücken aller Beteiligten wieder durch. Zweitens mangelte es an einer strukturierten Zusammenführung und Auswer-

Konferenzbericht: Metropolenpolitik

tung der Beiträge aus den unterschiedlichen Städten und den verschiedenen Themen- und Aktionsfeldern. Dies betraf sowohl die einzelnen Workshops, in denen die Referate oft recht unvermittelt nebeneinander stehen blieben, als auch den Abschluss der Konferenz. So schwierig es auch sein mag: Eine systematische Auswertung oder zumindest ein Versuch in diese Richtung wäre wichtig gewesen, um am Ende die zentralen Fragen der Konferenz überhaupt weiter behandeln und diskutieren zu können: Wie könnte eine linke Metropolenpolitik in Zukunft aussehen? Und was lässt sich in dieser Hinsicht aus den Beispielen lernen, die auf der Berliner Konferenz zusammengetragen wurden?

Britta Grell / Henrik Leubhn